

Ausgabe Ulm/Neu-Ulm vom 15. März 2017

## Doku-Zentrum gegen AfD-Politik

SWP | 15.3.2017

„Die AfD-Politiker aus Baden-Württemberg nähern sich immer stärker extremen, rechtsextremistischen Positionen an. Ihre geschichtspolitischen Äußerungen der letzten Wochen greifen auch und gerade die Erinnerungskultur und die historisch-politische Bildungsarbeit in unserem Bundesland an.“ Mit dieser Stellungnahme wendet sich die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten, der auch das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg angehört, gegen die Geschichtspolitik der AfD.

Die AfD habe die vielfältige Erinnerungskultur und die historisch-politische Bildungsarbeit angegriffen und in Frage gestellt. Äußerungen wie die von Björn Höcke, der unter anderem von einer „dämlichen Bewältigungspolitik“ gesprochen hatte, seien „kalkulierte Tabubrüche“, heißt es in der Erklärung. „Sie diskreditieren einen langen gesellschaftlichen Lernprozess im Umgang mit den NS-Verbrechen und sie verunglimpfen eine historische Aufklärungsarbeit, die von einer kritischen Zivilgesellschaft getragen und mit hohen professionellen Standards an Schulen und Gedenkstätten umgesetzt wird.“ Die Äußerungen der AfD-Funktionäre seien „einem rechtsextremen Geschichtsrevisionismus verpflichtet, der die nationalsozialistischen Verbrechen verharmlosen will“.